



Rede zum

1. MAI 2023

„Ungebrochen solidarisch“

Wolfgang Lemb,

Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall

Leipzig, 1. Mai 2023

Sperrfrist Redebeginn

Es gilt das gesprochene Wort!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich freue mich sehr heute bei Euch zu sein. Hier in Leipzig.

... einer Stadt, die wie keine zweite in Deutschland und Europa Synonym für die friedliche Revolution in unserem Land ist.

... einer Stadt/einer Region, die wie viele in Ostdeutschland vor mehr als 30 Jahren unglaubliche industrielle Umbrüche zu bewältigen hatte.

... einer Stadt, die diese Umbrüche gemeistert hat und heute zu einer der schönsten Städte in Europa zählt.

Unser Motto des diesjährigen 1. Mai lautet: „*Ungebrochen solidarisch!*“ Und das, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist angesichts der aktuellen Herausforderungen auch dringend geboten.

Deshalb ist es wichtig und notwendig, dass wir Gewerkschafter:innen heute bundesweit auf den Plätzen sind. Mit klaren Forderungen, gemeinsamen Diskussionen und gemeinsamen Feiern. Das ist ein großartiges Gefühl, das ist gelebte Gewerkschaft.

Herzlichen Dank, dass ihr heute hier seid!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir wissen: Die aktuellen Herausforderungen sind riesig:

- Krieg in der Ukraine und damit verbundene ökonomische Folgen für Beschäftigte und Unternehmen.

- Eine seit langem nicht gekannte Inflation.
- Dringende Beschleunigung der Energiewende (Energieunabhängigkeit).
- Die Transformation der Industrie und die zwingende Notwendigkeit zur Erreichung der Klimaziele.
- Digitalisierung und Globalisierung und nicht zuletzt:
- Eine zunehmende soziale Ungerechtigkeit in Deutschland und Europa.

Krieg und Frieden

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

seit mehr als einem Jahr tobt ein schrecklicher Angriffskrieg in der Ukraine. Und an jedem Tag wird dieser völkerrechtswidrige Angriff brutaler. Mitten in Europa! Wir hatten gedacht und wir hatten gehofft, dass Kriege in Europa der Vergangenheit angehören. Dass der Frieden wenigstens in Europa sicher ist.

Wie haben wir uns getäuscht, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften verurteilen die kriegerische Aggression Putins auf die Ukraine auf das Schärfste. Das gilt auch nach mehr als einem Jahr seit dem Überfall auf die Ukraine. Dieser Krieg ist ein beispielloser Angriff auf die europäische Friedensordnung. Auf Freiheit, Menschenrechte, Selbstbestimmung und Gerechtigkeit.

Die Hauptleidtragenden sind – wie in jedem Krieg – die Zivilbevölkerung und damit auch viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Und, *Kolleginnen und Kollegen,*

wir stehen heute an einem Punkt, an dem sich die militärische Eskalationsspirale unkontrolliert immer schneller dreht. Den Menschen in der Ukraine droht ein jahrelanger Stellungskrieg, der weiteres unermessliches Leid vor allem für die Zivilbevölkerung bedeuten würde.

Deshalb:

Die Waffen müssen endlich schweigen!

Das Morden muss sofort beendet werden!

JETZT!, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Gleichzeitig erleben wir aber, dass die ständigen Forderungen nach immer mehr Waffenlieferungen kein Halten mehr kennen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

es ist ein Irrweg zu glauben, immer mehr Waffen würden die Welt sicherer machen und dauerhaften Frieden ermöglichen. Wir als Gewerkschaften setzen uns mit Nachdruck dafür ein, nach diplomatischen Lösungen zu suchen, um einen schnellstmöglichen Waffenstillstand zu ermöglichen. Frieden, liebe Kolleginnen und Kollegen, kann nicht auf dem Schlachtfeld erreicht werden! Und: Ein neuer – weltweiter – Rüstungswettlauf muss verhindert werden! Deshalb: Das Zwei-Prozent-Ziel der NATO ist nicht Teil der Lösung, sondern Teil des Problems!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts – das ist jeder fünfte Euro im Bundeshaushalt für Rüstung! Das wäre eine Erhöhung der Rüstungsausgaben von 50 Milliarden auf ca. 70 Milliarden Euro in Deutschland. Geld, das an anderer Stelle schon heute fehlt. Das wir aber dringend brauchen: Für Zukunftsinvestitionen in die sozial-ökologische Transformation und in die Leistungsfähigkeit unseres Sozialstaates. Deshalb: Das Zwei-Prozent-Ziel der Nato lehnen wir ab!

Kolleginnen und Kollegen,

neben den humanitären Fragen treiben uns die ökonomischen Folgen dieses Krieges um. In den letzten Monaten wurde deutlich: Einseitige Abhängigkeiten führen zu wirtschaftlichen Risiken. Das galt und gilt für Energieversorgung mit Blick auf Russland, das gilt für Chips und seltene Erden aus China. Wir müssen Globalisierung neu denken! Das heißt auch: Nicht jeder Standort, wo noch ein paar Cent Lohnkosten gespart werden, ist am Ende der Wirtschaftlichste! Das muss ein Ende haben!

Inflationsbekämpfung/Tarifpolitik/Tarifergebnisse 2022/2023

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir haben in den letzten Monaten eine nie gekannte Inflation erlebt. Die Belastungen – gerade für Menschen mit niedrigem Einkommen – waren und sind enorm. Die staatlichen Entlastungspakete, die Gas- und Strompreisbremsen waren und sind wichtig. Ohne den Druck der Gewerkschaften wären dies so nicht zustande gekommen! Darauf können wir stolz sein. Herzlichen Dank an alle die das mit der Unterstützung unserer Energiepreiskampagnen ermöglicht haben.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

staatliche Hilfen sind wichtig, ersetzen aber keine dauerhaften Tarifsteigerungen. Deshalb sind die Tarifabschlüsse der letzten Tage und Wochen sozial erforderlich und ökonomisch notwendig und verteilungspolitisch geboten. Im Zuständigkeitsbereich der IG Metall waren wir für die Metall- und Elektroindustrie bereits Ende letzten Jahres erfolgreich. Wir haben Entgelterhöhungen in zwei Schritten um 8,5 Prozent (plus 3.000 Euro Inflationsausgleichsprämie) für knapp 4 Millionen Beschäftigte durchgesetzt.

Vor wenigen Tagen

- in der Textil- und Bekleidungsindustrie 8,1 Prozent erhöht (plus 1.500 Euro Inflationsausgleichsprämie). Bei den niedrigeren Einkommensgruppen um 12 Prozent!
- im Kfz-Handwerk die Entgelte um 8,6 Prozent (1.500 Euro Inflationsausgleichsprämie jeweils zum 1. April 2023 und 2024) erhöht. Herzlichen Dank an alle, die sich vor zwei Wochen am zentralen Warnstreik hier am Völkerschlachtdenkmal beteiligt haben.

Und ich gratuliere ver.di für ihren Abschluss im öffentlichen Dienst. Inflationsausgleich von insgesamt 3.000 Euro, Erhöhung als Sockelbetrag in Höhe von 200 Euro und ab März 2024 strukturwirksame Erhöhungen von 5,5 Prozent. Die Gesamtsteigerung muss bei mindestens 340 Euro pro Monat liegen. Damit ergeben sich Erhöhungen in den Entgelttabellen zwischen 340 und 680 Euro.

Und als Metaller sage ich ausdrücklich: Jetzt braucht die EVG unsere Solidarität, damit die Entgelte der Bahnbeschäftigten dauerhaft erhöht werden! Die Bahnbeschäftigten fordern eine Erhöhung der Entgelte um 650 Euro im Moment. Zurecht!, liebe Kolleg:innen! Wenn die Deutsche Bahn ein Angebot vorlegt, das keine schnelle und verlässliche Lohnsteigerung vorsieht und Lohnerhöhungen mit dem gesetzlichen Mindestlohn verrechnet werden sollen, dann braucht es weiter Druck, damit für die Beschäftigten was ordentliches auf den Tisch kommt. Deshalb sage ich allen Bahn-Kolleg:innen: Ihr habt die volle Unterstützung und Solidarität aller DGB Gewerkschaften.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

wir haben im letzten Jahr gemeinsam auch erreicht, dass der Mindestlohn – gegen massive Widerstände der Arbeitgeberverbände – auf 12 Euro erhöht wurde. Das hat mehr als sechs Millionen Menschen im Land genutzt – gerade hier in Ostdeutschland. Trotzdem: Der gesetzliche Mindestlohn ist und bleibt nicht mehr als die absolute Lohnuntergrenze. Was wir eigentlich brauchen, ist eine Stärkung der Tarifbindung. Deshalb ist es gut und wichtig, dass es hier im Osten – nach bitteren Jahren – ein neues „ostdeutsches Selbstbewusstsein“ gibt. Für mehr Tarifbindung. Für die Durchsetzung der „35“. Und es ist gut, das sich da auch in Europa was tut ...

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

die Europäische Union hat im Herbst eine „Richtlinie für Mindestlöhne“ erlassen.

Da heißt es zum Beispiel: Wenn die Tarifbindung unter 80 Prozent rutscht, soll ein Mitgliedstaat einen Aktionsplan aufstellen, um die Tarifbindung zu erhöhen. In Deutsch-

land arbeiten nur noch 52 Prozent der Beschäftigten in einem tarifgebundenen Betrieb. Hier in Ostdeutschland sogar nur 43 Prozent. Das ist eindeutig zu gering – und weit unter der Zielmarke der Europäischen Union. Wir brauchen also dringend einen Nationalen Aktionsplan zur Stärkung der Tarifbindung! Tarifverträge sind der Eckpfeiler unserer sozialen Marktwirtschaft. Ob Gehalt, Urlaubstage, Urlaubs- und Weihnachtsgeld, ob Arbeitszeiten, Beschäftigungssicherung, Kündigungsfristen oder Regelungen zur betrieblichen Altersversorgung – Beschäftigte mit tariflich geregelten Arbeitsverhältnissen stehen besser da als ohne.

In Geld ausgedrückt: Beschäftigte in nicht tarifgebundenen Unternehmen erhalten im Schnitt gut 600 Euro weniger Bruttolohn im Monat (16%) als Beschäftigte in tarifgebundenen Firmen. Im Osten ist der Lohnunterschied noch größer: 820 Euro weniger für Beschäftigte in Betrieben ohne Tarif! Doch was machen die Arbeitgeber*innen stattdessen? Sie versuchen, sich der Tarifbindung zu entziehen. Das kennen wir aus den letzten Jahren – gerade hier in Ostdeutschland. Das muss unterbunden werden! Das dürfen wir denen nicht durchgehen lassen!

Kolleginnen und Kollegen,

vielleicht habt ihr es ja bis hierher nach Leipzig gehört: Ende Februar diesen Jahres schallte es aus dem Haus der Wirtschaft: „*Wir brauchen mehr Bock auf Arbeit*“ Was die Arbeitgeberverbände damit meinen ist klar: Sie wollen, dass wir mehr arbeiten. Länger arbeiten. Am Tag, am Abend, am liebsten rund um die Uhr, bis ins hohe Alter und unbegrenzt. Ich sage denen: Ja, wir haben Bock auf Arbeit – aber wir haben nur Bock auf

gute Arbeit. Lasst uns denen ins Stammbuch schreiben: Rauf mit den Löhnen, gute Tarifverträge, gute Arbeitsbedingungen und Arbeitszeiten die zum Leben passen. Dann klappt's auch mit den Fachkräften, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Kolleginnen und Kollegen,

aber auch der Staat selbst muss mit gutem Beispiel vorangehen. Wir fordern deshalb ein Bundestariftreuegesetz! Das heißt unter anderem: Keine Staatsknete für Unternehmen ohne Tarif! Und das muss auch gelten für die Wirtschaftsförderung, für Forschungsmittel wie für die öffentliche Auftragsvergabe. Es dürfen nur diejenigen Unternehmen Aufträge oder staatliche Förderungen erhalten, die sich auch an Tarifverträge halten und Mitbestimmung akzeptieren!

Energiewende und Transformation

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

der letzte Bericht des Weltklimarates (IPCC) fordert uns alle erneut zu noch mehr Anstrengungen zur Erreichung der Klimaziele auf. Wir müssen uns verändern: wie wir arbeiten, leben und konsumieren. Und wir haben keine Zeit mehr! Die vorgesehene Verdreifachung im Zubau von Wind- und Solaranlagen ist richtig und wichtig für:

- den Hochlauf der E-Mobilität (Autoregion Leipzig).
- die Versorgung mit grünem Wasserstoff hier in der Region (nicht weit von hier gibt es genügend Windenergie. Was fehlt sind die Leitungen von Leuna nach Leipzig)
- Klimaneutrale Flugzeuge, den Bahn- und Schiffsverkehr.

Aber, Kolleginnen und Kollegen, eines zeigt sich auch zunehmend deutlicher: Die Erreichung der Klimaziele wird zu einer weiteren Beschleunigung des Strukturwandels in der Industrie führen.

Kolleginnen und Kollegen,

wir Gewerkschaften gestalten den Wandel von Wirtschaft und Gesellschaft! Wir setzen uns ein für eine gerechte Transformation. Die unser Land sozial, ökologisch und demokratisch zum Besseren verändert. Für uns ist klar: Die Transformation wird nur erfolgreich sein, wenn gute Arbeit, nachhaltiger Wohlstand und sozialer Fortschritt zum Leitmotiv erhoben werden.

Und: Ob die Transformation erfolgreich gestaltet werden kann oder nicht, entscheidet sich in den Regionen. Hier sind die Unternehmen. Hier leben die Menschen. Wir müssen unsere Produktionsprozesse und -anlagen so umbauen, dass die Region Leipzig, dass Sachsen, dass ganz Deutschland auch in Zukunft Industrieland bleibt. Die Förderung von Regionen muss in der Transformation bereits dann einsetzen, wenn der Strukturwandel absehbar ist. Nicht erst, wenn er bereits eingetreten ist! Eine solche Förderlogik hat in der Nachwendezeit nicht funktioniert und funktioniert heute auch nicht. Deshalb setzen wir uns in regionalen Transformationsnetzwerken für eine gute Perspektive in den Regionen ein.

Die IG Metall hat im Rahmen des „Zukunftsfonds Automobil“ bundesweit 27 regionalen Netzwerkstrukturen entwickelt. Für die Region Leipzig ist das das Transformationsnetzwerk „Mobilität – Leipzig im Wandel“ kurz „MoLeWa“. Hier arbeiten die Kolleginnen und Kollegen im Netzwerk, um die Mobilitätsregion Leipzig zukunftsfest zu machen. Ziel ist, hier in der Region eine starke industrielle Basis zu erhalten und sie auf die Herausforderungen der Zukunft auszurichten.

Mitbestimmung

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

wenn wir die Transformation erfolgreich bewältigen wollen, brauchen wir mehr Mitbestimmung. Wir brauchen ein Betriebsverfassungsgesetz, das fit gemacht wird für die digitale, globalisierte und klimaneutrale Arbeitswelt der Zukunft! Mit echten Mitbestimmungsrechten. Vom Umwelt- und Klimaschutz, über Digitalisierung, bis zur Personalplanung und der Gleichstellung der Geschlechter. Der DGB hat der Ampel Arbeit abgenommen. Einen fertigen Gesetzesentwurf vorgelegt. Die Ampel muss ihn nur noch umsetzen...

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

um die Aufgaben der Transformation zu stemmen, braucht es massive Investitionen – öffentliche wie private. Die Bundesregierung hat in ihrem Koalitionsvertrag ein „Jahrzehnt der Zukunftsinvestitionen“ ausgerufen. Das begrüße ich ausdrücklich!

In die falsche Richtung geht aber, dass die Ampel sich nicht dazu durchringen konnte, die Schuldenbremse abzuschaffen. Da kann Lindner rudern wie er will. Es bleibt dabei: Die Schuldenbremse ist eine Zukunftsbremse! Die Schuldenbremse gehört abgeschafft!

Kolleginnen und Kollegen,

ich habe es eben bereits deutlich gemacht: Jetzt werden die Weichen dafür gestellt wie sich Wirtschaft und Gesellschaft weiterentwickeln. Das gilt auch für die Perspektiven unseres Sozialstaates.

Sozialstaat/Rente/Gesundheitswesen

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

Pandemie, Krieg und Inflation haben doch deutlich gemacht, wie wichtig es ist, einen handlungsfähigen Staat zu haben. Deshalb: Wir brauchen keine Kürzungsdebatte bei Sozialleistungen. Was wir stattdessen brauchen, ist eine Debatte über mehr Verteilungsgerechtigkeit in diesem Land!

Die Vermögen in Deutschland sind extrem ungleich verteilt! Die vermögendsten zehn Prozent besitzen über 60 Prozent des Gesamtvermögens. Das reichste eine Prozent besitzt über 30 Prozent. Das kann so nicht bleiben!

Wir brauchen eine sozial gerechte Steuerreform. Und wir brauchen einen starken Sozialstaat. Das heißt:

- Die flächendeckende und bezahlbare Versorgung mit Dienstleistungen der Daseinsvorsorge muss wieder eine zentrale Aufgabe des Staates werden.
- Bei den Renten muss nicht nur das Rentenniveau gesichert, sondern perspektivisch auf über 50 Prozent angehoben und die Aktienrente verhindert werden.
- Und: im Gesundheitswesen muss die Profitorientierung beendet werden.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

seit Jahren wird das Gesundheitswesen auf Effizienz getrimmt, um hohe Renditen zu erzielen. Gute Arbeitsbedingungen und die Bedürfnisse der Patientinnen und Patienten bleiben dabei oft auf der Strecke. Deshalb: Non-Profit statt Rendite! Das muss die Antwort für die Herausforderungen im Gesundheitswesen sein.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

jedes fünfte Kind in Deutschland wächst in Armut auf. Ein Skandal! Ich erwarte deshalb von der Ampel, dass sie die versprochene Kindergrundsicherung auf den Weg bringen. Und zwar jetzt!

Die Regelsätze für Kinder in Höhe von 4,50 Euro für Essen und Trinken pro Tag oder 2,80 Euro im Monat für Kinderbücher sind schlicht armselig. Die müssen rauf, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Gegen Nationalismus und Rassismus

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

an jedem 1. Mai wird uns schmerzlich bewusst: Im Jahr 1933 folgte dem „Tag der Arbeit“ das dunkelste Kapitel in der Geschichte der freien Gewerkschaften. Am 2. Mai stürmten Nationalsozialisten im ganzen Land Gewerkschaftshäuser, Büros und Wohnungen. Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter, die sich der Gleichschaltung der Gewerkschaften widersetzen, wurden verschleppt und gefoltert. Dieser Tag jährt sich morgen zum 90. Mal. Für uns ist er Anlass zur Erinnerung. Vor allem an die vielen tapferen Männer und Frauen, die für die Idee freier Gewerkschaften Repressalien, Folter und Tod auf sich genommen haben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

auch heute gilt: wir als Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter zeigen klare Kante gegen Nationalismus, Rassismus und Rechtsextremismus. Im Betrieb. In der Kneipe. Auf dem Marktplatz. Gemeinsam mit zahllosen zivilgesellschaftlichen Projekten und Organisationen machen sich viele von Euch hier in der Region stark für Demokratie und gegen Rassismus und Rechtsextremismus. Danke Euch allen, die sich dafür einsetzen.

Globalisierung/Lieferkettengesetz

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

für uns als Gewerkschafter ist auch klar: Die Einhaltung der Menschenrechte in der Produktion und in den Lieferketten ist unabdingbar. Mit dem deutschen Lieferkettengesetz, das Anfang 2023 in Kraft getreten ist, werden Unternehmen verpflichtet, die

Einhaltung fundamentaler Menschenrechte und ökologischer Standards in ihren Lieferketten sicher zu stellen. Das Geschrei der Arbeitgeber war groß. Wir akzeptieren aber nicht, unter welchen miesen Bedingungen Waren unseres täglichen Bedarfes hergestellt werden:

- Zwangsarbeit in der Baumwollernte
- Kinderarbeit auf Kakaoplantagen
- 60 Stunden für einen Hungerlohn in der Textilbranche Asiens.

Viele Kolleginnen und Kollegen werden bedroht, wenn sie sich zu Gewerkschaften zusammenschließen wollen. Faire Globalisierung sieht anders aus!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

der Kampf für ein besseres Leben ist „die DNA“ für uns als Gewerkschaften. Zitat Otto Brenner (ehem. 1. Vorsitzender der IG Metall): *„Es geht nicht nur darum zu leben, sondern vielmehr darum, wie und unter welchen Bedingungen wir leben“*. Dieses Zitat von 1972 ist heute aktueller denn je. Lasst uns also gemeinsam die Herausforderungen anpacken! Lasst uns die Zukunft „fair-ändern“!

- Für eine friedliche Welt und eine Ächtung von Kriegen.
- Für sozialen Frieden und Verteilungsgerechtigkeit.
- Für Solidarität und Mitbestimmung.
- Für gute Arbeit und einen nachhaltig fairen Wandel und
- gegen die zunehmende soziale Ungleichheit.

Besinnen wir uns dabei auf unsere gemeinsame Kraft. Auf die Kraft der Vielen! In diesem Sinne, liebe Kolleginnen und Kollegen, herzlichen Dank und Glück auf und uns allen noch ein schönes Fest!